

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 2/46. Jg.

13. Jan. 1933

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. ausschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1.—RM.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktions-
schluß: Montag, Fernruf: B 2, Litzow 5593.
Verlag: Johannes Hoff, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — **Zuschriften an die Expedition erbeten.**

Postverlagsort: Scheuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

WIPPCHEN

Die Konsequenz des Kapitalismus ist die Inkonsequenz. Für die Richtigkeit dieser Feststellung werden vom Kapitalismus tagtäglich Tausende von Beweisen erbracht. Das ist an sich nichts Verwunderliches und erwächst aus dem einzigen Ziel des Kapitalismus, das auch ganz ausschließlich sein Wesen ausmacht. Dieses einzige Ziel des Kapitalismus ist: Profite machen! Ohne Profit raucht nach Eingeständnis prominentester Kapitalisten kein Schornstein. Diese Tatsache braucht man in unserer Zeit des totalen Versagens des Kapitalismus als Wirtschaftsfaktor eigentlich gar nicht herauszustellen. Das einzige Ziel des Kapitalismus hat ja auch gar nichts mit wirtschaften zu tun, wenn man unter Wirtschaft versteht, die Bedürfnisse zur Existenz der Menschen mit möglichst wenig Aufwand von Kraft mit Sicht auf Zeit möglichst restlos zu befriedigen. Wäre in diesem Sinne der Kapitalismus Wirtschaftssystem, dann wäre unmöglich, daß zur Zeit die Menschen bei vollen Scheunen hungern, Baumwolle verbrannt wird, obwohl massig Menschen aus Mangel an Kleidung frieren, Wohnungsnot herrscht, obwohl Baustoffe und menschliche Arbeitskraft in Hülle und Fülle brach liegt. Die Bedürfnisbefriedigung der Menschen ist dem kapitalistischen Profitstreben nur Beiwerk, das sofort über Bord geworfen werden würde, wenn auch nur die geringste Aussicht dafür bestände. Aber sie ist nicht da, das Beiwerk ist unvermeidlich, man tut sich deshalb darauf noch etwas zugute und kommt so zur konsequenten Inkonsequenz.

Ein glänzendes Beispiel für diese konsequente Inkonsequenz lieferten wieder einmal auch unsere Unternehmer. In unserem Bericht über den Lohnstreit im Steindruckgewerbe am 20. und 21. Dezember sagten wir, daß die Begründung der Unternehmerforderung auf Lohnabbau vor dem Schlichter Herr Dr. Cramer (München) gab. Den Inhalt der Begründung können wir, weil bereits gewohnheitsmäßig geworden, bei den Kollegen als bekannt voraussetzen. Auf eine kurze Formel gebracht, besagte diese Begründung, daß die Betriebe in einer schwierigen Lage seien und den Betrieben durch einen Abbau der angeblich überhöhten Löhne geholfen werden müßte. Da das Verhalten der Gehilfenvertreter in freier Verhandlung gezeigt habe, daß sie für die berechnete Forderung der Unternehmer kein Verständnis hätten, müsse der Schlichter als Vertreter der Staatsgewalt eingreifen und einen Lohnabbau in geforderter Höhe diktieren, den die Gehilfen ganz gut tragen könnten. Also ausgesprochene Forderung an die Staatsgewalt, in die Wirtschaft einzugreifen.

Derselbe Herr Dr. Cramer schreibt einen Tag vor, unsertwegen auch einen Tag nach diesen Verhandlungen einen Aufsatz für das

„Deutsche Offset- und Steindruckgewerbe“, betitelt „Wehrhoheit und Wirtschaft“ für Nr. 1 vom 1. Januar 1933, in dem er gegen den Eingriff des Staates in die Wirtschaft vom Leder zieht. Es heißt da unter anderem wörtlich: „Die Anerkennung des staatlichen Primats hat indes keineswegs die Tragweite, daß der Staat maßgeblichen Einfluß in solche Gebiete der Wirtschaft nehmen soll, deren Aufgabenbereiche jenseits des staatlichen Könnens und Sollens liegen. Die Tatsache andererseits, daß der Staat sich *gezwungen* sieht, die natürlichen Schranken der Staats-tätigkeit zu überschreiten und verordnend und reglementierend in die Wirtschaft einzugreifen, beweist wenig gegen die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft, aber alles für das Versagen des Staates als übergeordnete, rechtliche und soziale Gemeinschaft“. Wir wollen mit Dr. Cramer nicht streiten über das, was in diesen Sätzen niedergelegt ist, offenbar aber ist wohl, daß er das Steindruckgewerbe für ein solches Gebiet der Wirtschaft hält, dessen „Aufgabenbereiche jenseits des staatlichen Könnens und Sollens liegen“. Wenn es aber um den Lohn der im Steindruckgewerbe beschäftigten Gehilfen geht, ist es, wie Figura zeigt, anders herum anscheinend richtig und liegt der maßgebliche Einfluß des Staates *diesseits* des staatlichen Könnens und Sollens. Wie ein kapitalistischer Wirtschaftsführer zu solchen sich total widersprechenden Ansichten kommt, haben wir oben gezeigt, aber für den logisch denkenden Menschen sind das einfach Wippchen.

Genau so liegt es mit folgendem. Als die Verhandlungen vor dem Schlichter in das Rechtliche hinüber geraten waren, legten die Gehilfenvertreter ihre Ansicht dar, deren Lückenlosigkeit und Konsequenz sichtlichen Eindruck auf den Schlichter machten. Dieser Eindruck mußte natürlich von den Unternehmern verwischt werden, wenn sie zu ihrem Ziele kommen wollten. Ihr Einwand, daß der im Tarif festgelegte Leistungslohn doch eigentlich ein Akkordlohn sei, stach ganz offensichtlich nicht. Also mußte schnell etwas Neues erfunden werden. Folgendes kam dann heraus: Wir haben einen Tariflohn für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahr, nach dem ersten Gehilfenjahr unterliegt der Lohn freier Vereinbarung. Der Sinn dieser Vereinbarung kann gar kein anderer als der sein, daß der frei vereinbarte Lohn (Leistungslohn) sich zusammensetzt aus dem Mindestlohn und dem überschießenden Betrage. Selbstverständlich haben die Gehilfenvertreter diesen untauglichen Versuch an untauglichen Objekt mit untauglichen Mitteln sofort nachdrücklichst widersprochen. Aufheben davon haben wir nicht gemacht, weil bei solchen Verhandlungen jede Partei einmal in eine weniger glückliche taktische Situation gerät und dann recht und schlecht versucht, sich wieder herauszu-

winden. Jeder Vertrauensmann und jedes Betriebsmitglied, der öfters Verhandlungen zu führen hat, wird die gleiche Erfahrung schon gemacht haben.

Jetzt tischt der Schutzverband dieses Wippchen, daß sich der Leistungslohn aus dem Mindestlohn für Ausgelernte und dem überschießenden Betrage zusammensetzt, in seinem Bericht über die Lohnverhandlungen im „Steindruckgewerbe“ erneut auf. Dieses Wippchen, geboren aus einer fatalen Situation, soll anscheinend zum Ausgangspunkt eines regelrechten Betrugses der Gehilfenschaft gemacht werden. Berechtigter Anlaß zu dieser Annahme liegt vor. Geht doch das Streben der Unternehmer schon lange, den Arbeitsbehörden einen Einstellungslohn anzuschwätzen. Wäre die Gehilfenschaft duseilig genug, auf dieses Wippchen der Unternehmer herein zu fallen, den Leistungslohn in Ausgelerntenlohn plus Leistungszulage gliedern zu lassen, hätte sie in Null-Komma-Nichts einen Einstellungslohn von 28,90 Mk. bis 34,— Mk. auf dem Halse. Um diese Sache geht wirklich das Wippchen der Unternehmer!

Wir halten es für Ehrensache jedes Kollegen, ob arbeitend oder arbeitslos, das Wippchen der Teilung des Leistungslohnes rundweg abzulehnen. Denn diese Teilung hat wirklich nicht nur theoretische Bedeutung; sie hat vielmehr eine verflucht ernste praktische Bedeutung. Sie besagt anerkannt, daß sich die Gehilfenschaft mit einem Höchsttariflohn von 34,— Mk. die Woche bei Vollarbeit abfindet. Der Unsinn dieses Wippchens liegt zwar zutage, aber er hat Methode. Die Hoffnung darf gehegt werden, daß mit diesem Hinweis die Sache für die Kollegen auch schon erledigt ist. *Der Leistungslohn setzt sich für niemand zusammen; das Wippchen muß unter allen Umständen Wippchen bleiben!*

Jahreswende — Wirtschaftswende ?

Das Jahr 1932 ist im Meer der Vergangenheit versunken. Prüfen wir, ob nicht die Jahreswende zugleich eine Wirtschaftswende bedeutet. Viele Anzeichen deuten daraufhin, daß sich sowohl in der Weltwirtschaft wie in der Nationalwirtschaft Anzeichen regen, die auf eine Besserung hinweisen. Jedenfalls ist der Ausblick zu Beginn des Jahres 1933 hoffnungsvoller als der vor einem Jahr. Man kann die Erwartung hegen, daß der bleierne Druck, der auf allen Gebieten des menschlichen Lebens und namentlich auf der Wirtschaft lastet, sich lösen wird. Es mag dies reichlich optimistisch erscheinen. Aber man wird zu dieser Annahme gedrängt, wenn man bestimmte Symptome der Weltwirtschaft und bestimmte Vorgänge in der deutschen Wirtschaft auf sich wirken läßt. Daneben sollte man es als ausgeschlossen halten, daß die moderne Menschheit noch länger gewillt ist, sich durch das kaudinische Joch harter Entbehrungen drängen zu lassen, wenn auf der andern Seite alle Möglichkeiten gegeben sind, das Los der Menschheit zu verbessern.

Es war bislang üblich, an der Wende eines Jahres zahlenmäßig zu zeigen, wie die verschiedensten Wirtschaftszweige sich entwickelten und bestimmte Symptome des Aufstiegs oder Abstiegs

in Erscheinung traten. Wir glauben, davon Abstand nehmen zu können. Nur einige kurze Angaben dürften am Platze sein. Deutschlands Warenproduktion stand mengenmäßig am tiefsten im Juni mit 53,1 (1926=100) und am höchsten im Oktober mit 60,9. Für die beiden letzten Monate im Jahr liegen noch keine Zahlen vor. Es ist jedoch anzunehmen, daß sie nicht unter die Oktoberziffer gesunken, sondern darüber hinausgegangen sind. Soweit die Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Frage kommt, ist der Verlauf in diesem Jahr wesentlich anders als im Vorjahr. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen war Ende November niedriger als im Juni, während sie im Jahre 1931 um 1,1 Million höher lag. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen Mitte Dezember 1932 überstieg die Vorjahresziffer nur noch um rund 300.000. Die saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit war in diesem Jahr wesentlich geringer als in den beiden letzten Jahren. Verschiedene Motive waren wirksam, um diese verhältnismäßig bessere Entwicklung herbeizuführen. Dabei ist natürlich die Feststellung wichtig, daß die von den Arbeitsämtern angegebene Zahl der Arbeitslosen die wirkliche Arbeitslosigkeit in Deutschland nicht widerspiegelt. In v. H. der Arbeiterplatzkapazität hob sich die Beschäftigung der gesamten Industrie von 41,2 im März und 41,9 im Mai auf 42,8 im Oktober. Nach der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Woche war der Verlauf folgendermaßen: Januar 33,6, Mai 35,9, August 34,8, September 36,0 und Oktober 37,4. Auch hier ist eine gewisse Besserung wahrzunehmen. Im Jahre 1931 fiel die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden vom Mai bis Oktober von 48,3 auf 42,5. Die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit der Arbeiter betrug im Januar 1932 6,51, im Mai 6,95 und im Oktober 7,05 Stunden. Im Oktober 1931 betrug sie 7,00. Der Einfuhrüberschuß im deutschen Außenhandel war im Jahre 1932 aus den bekannten Gründen wesentlich geringer als im Jahre 1931. Der Güterverkehr bei der Reichsbahn zeigt vom August ab steigende Ziffern. Im September wurden 21,54 Millionen t befördert, gegenüber dem Höchststand von 20 Millionen t im Monat Juni. Die Tendenz der Warenpreise zeigt, an der Indexziffer der Lebenshaltungskosten gesehen, folgende Entwicklung (1913=100): Januar 124,5, Juli 121,4 und November 118,8. Die Verschiedenheit der Preisentwicklung in Deutschland gegenüber dem Weltmarkt ergibt sich aus der Gegenüberstellung der deutschen Großhandelspreise mit den reagiblen Warenpreisen am Weltmarkt. Der Index des deutschen Großhandels stand im November 1932 auf 93,9 gegenüber dem Index der Weltrohstoffpreise von 53,2. Die Weltmarktpreise haben im Vergleich zum tiefsten Stand um Mitte des Jahres einen Aufstieg um etwa 8 v. H. erfahren. Die Gektsätze lagen in den letzten Monaten des Jahres am niedrigsten. Für den Konjunkturauftrieb ist die Besserung des Geldmarktes eine wichtige Hilfe. Die deutschen Sparkassen zeigten zum erstenmal im Monat Oktober einen Einzahlungsüberschuß. Wir wollen es mit diesen wenigen Angaben genug sein lassen. Jeder Kollege dürfte den Verlauf der Wirtschaft daraus ersehen können.

Bereits ein flüchtiger Überblick über die letzten Monate des verflossenen Jahres befestigt die Meinung, daß die tiefste Talsohle in der Wirtschaftskrise überschritten ist. Leichte Besserungen sind auf vielen Gebieten zu verzeichnen. Eine günstige Situation tritt einem auch vor Augen, wenn man die Jahresberichte der Industrie- und Handelskammern durchsieht. Keine Kammer beurteilt ähnlich pessimistisch wie im Vorjahr die zukünftige Entwicklung. Sie stimmen alle mehr oder weniger darüber überein, daß die ersten Anzeichen eines Konjunkturaufschwungs zu erwarten sind. Ein besonders günstiges Bild bietet die Schwerindustrie. Die Roheisenerzeugung lag arbeitstägig im November um 15,2 v. H. über dem Ergebnis des Monats Oktober. Die Rohstahlgewinnung wies eine Steigerung von 13,2 v. H. auf. Bezüglich der Rohstahlgewinnung sind die Vorjahresziffern bereits erreicht. Die Kohlenförderung stieg bei Steinkohle im Monat November arbeitstägig um 8,3 v. H. Bei der Braunkohle war eine Besserung von 9,7 v. H. zu verzeichnen. Die Kohlenproduktion im November 1932 liegt über der Vorjahrshöhe. Im Steinkohlenbergbau wurden 5400 Mann neu eingestellt, die Feierschichten gingen erheblich zurück. Wenn es zutrifft, daß die Schwerindustrie alle Konjunkturänderungen zuerst anzeigt, dann wäre hier bereits jetzt ein günstiger Umschwung eingetreten. Inwieweit die übrige Wirtschaft folgen wird, steht im Augenblick natürlich dahin.

In der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ stellt der Herausgeber derselben vier günstige Momente für den Aufstieg der deutschen Wirtschaft heraus. „Das erste ist die erstaunliche Elastizität, die der deutsche Wirtschaftskörper in dieser Krise bewährt hat. Er ist mit Schwierigkeiten ungeheurer Ausmaßes fertig geworden, hat eine beispiellose Fähigkeit der Anpassung bewiesen . . . Das zweite ist die gute technische

Ausrüstung des deutschen Produktionsapparates. Bei dem ersten Ansatz einer Besserung zeigen sich die Früchte der technischen Leistung der letzten Aufschwungsperiode . . . Das dritte ist, daß die deutsche Wirtschaft in den letzten zwei Jahren einen Entschuldigungsprozeß von gigantischen Ausmaßen durchgemacht hat. Die Ausmaße sind statistisch noch nicht erfäßbar. Aber man weiß, daß seit Anfang 1931 allein die kurzfristige Auslandsverschuldung um 4,5 bis 5 Milliarden zurückgegangen ist, daß allein die Stillhalteschulden zwischen dem ersten und zweiten Abkommen sich um 2 Milliarden vermindert haben.“ Industrie, Grundbesitz und Handel konnten sich durch Rückzahlung von Schulden mit entwerteten Pfandbriefen, Industrieobligationen usw. weitgehend entlasten. Und schließlich vermag Deutschland an den billigen Weltrohstoffpreisen zu profitieren. Diese Momente, die „Der deutsche Volkswirt“ herausschüttelt, sind beachtlich und können sich bei einem evtl. Umschwung günstig auswirken.

Die erhoffte Gesundung der Wirtschaft ist aber weitgehend abhängig von den Arbeitsbeschaffungsplänen der Reichsregierung. Diese hat sich extra einen Arbeitsbeschaffungskommissar zugelegt, der vom Reichskanzler mit einem Schäferhund verglichen wurde, überall Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten aufzuspüren. Er trat kürzlich mit einem Antrittsprogramm vor die Öffentlichkeit. Im Rahmen eines Gesamtkredits von 2,7 Milliarden Mark, wovon der größte Teil allerdings bereits festgelegt ist, will er ein Sofortprogramm verwirklichen, wofür 500 Millionen ausgeworfen sind. Diese zusätzlichen Aufträge der öffentlichen Hand sind geeignet, der Konjunktur einen Anstoß zu geben. Mit all den andern Momenten könnten sie den tiefsten Punkt der Krise überwinden helfen.

Keine Bevölkerungsschicht dürfte einen Wirtschaftsumschwung sehnsüchtiger erwarten, als die Lohn- und Gehaltsempfänger. Waren sie es doch, die mit Lammesgeduld diese furchtbare Krise seit Jahren ertragen haben. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und niedrige Verdienste waren die Attribute, die sie gezwungenermaßen der fehlerhaften Wirtschaft bringen mußten. Hoffentlich trifft ein Wirtschaftsaufschwung die deutsche Arbeiterschaft organisatorisch gerüstet. Viele verlorengegangene Positionen müssen unter großen Opfern neu erungen werden. Diese Herkulesarbeit vermag nur eine Arbeiterschaft zu leisten, die sich auf günstige Organisationsverhältnisse zu stützen vermag. Deshalb sollte jeder mit daran helfen, die durch die Wirtschaftskrise entstandenen Lücken in den Gewerkschaften wieder zu füllen, damit der Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft mindestens wieder auf die Höhe der Jahre 1928 bis 1930 gebracht werden kann.

Wirtschaft und Recht

Wir kennen das Recht als „die Summe der vom Staate aufgestellten zwingenden Normen, durch die die Handlung der Menschen geregelt werden“, und die Wirtschaft kennen wir als „die Summe jener Vorgänge und Einrichtungen, die auf die Versorgung der Menschen mit Sachgütern gerichtet sind“. Wie verhalten sich nun Wirtschaft und Recht zueinander?

Zunächst ist klar, daß in allen uns vorstellbaren Zuständen einer menschlichen Gesellschaft das Recht ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaft ist. Ohne zwingende Normen, durch die die Handlungen der Menschen geregelt werden, ist eine Wirtschaft überhaupt nicht möglich; das Recht weist sich somit, obwohl seine Funktionen damit nicht erschöpft sind, als eine jener Einrichtungen aus, die auf die Versorgung der Menschen mit Sachgütern gerichtet sind. Jedes wirtschaftliche Handeln, das mich mit anderen Menschen in Berührung bringt, ist zugleich ein Rechtsgeschäft, und mein Vermögen stellt sich dar als die Summe meiner Rechtsansprüche abzüglich meiner rechtlichen Verpflichtungen. Was ich behalten darf, was ich fortgeben muß, welche Leistungen ich von anderen verlangen kann und welche ich selbst gewähren muß, das alles ist durch das Recht genau geregelt und vorgeschrieben. Rechtssicherheit ist eine der ersten Voraussetzungen für die Entwicklung der Wirtschaft über die tiefsten und rohesten Unterstufen hinaus.

Der materielle Inhalt des Rechts, die Art der vom Staate aufgestellten zwingenden Normen, wird von den sittlichen Vorstellungen und praktischen Bedürfnissen bestimmt, die im Bewußtsein der rechtsbildenden Faktoren lebendig sind. Rechtsbildende („gesetzgebende“) Faktoren sind aber zunächst weniger die Massen des Volkes, sondern die oberen Schichten der Bevölkerung, die herrschende Klasse. Diese verdanken ihre Macht entweder der Gewalt oder der intellektuellen Überlegenheit, die sie sich durch geschickte und glückliche Ausnutzung der bestehenden Rechtsverhältnisse erworben haben. Bis zu einem gewissen Grade wird aber auch die Masse stets auch unter autokratischen Staatsformen rechtsbildender Fak-

tor bleiben, weil die Furcht, eine ihrem Rechtsbewußtsein schroff widerstrebende Fortbildung des Rechts könnte zum Aufstand und zur Zerstörung der bestehenden Staatsordnung führen, immer mächtig bleibt und auf die Entschlüsse der Herrschenden mitbestimmend einwirkt.

Die stärkste Tendenz in der Rechtsentwicklung ist die des Beharrns bei dem gegebenen Zustand; das Recht bleibt hinter der Entwicklung des lebendigen Lebens zurück und paßt sich ihm nur allmählich an. Unter den Ursachen, die eine Veränderung des bestehenden Rechts herbeiführen, sind aber veränderte wirtschaftliche Verhältnisse die mächtigsten, weil sie die stärksten bestimmenden Momente des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens überhaupt sind.

In dem Maße, in dem die Politik zu einer selbständiggeschaffenden Tätigkeit an Staat und Gesellschaft wird, in dem Maße, in dem der Staat dazu übergeht, die gesamte Wirtschaft bewußt zu leiten, ändert sich auch das Verhältnis des Rechts zur Wirtschaft. Es folgt ihr nicht mehr im Troß nach, sondern eilt ihr als Bahnbrecher voraus. Sozialistische Fortbildung des Rechts hat nicht den Zweck, den Inhalt der staatlichen Normen der Wirklichkeit des bestehenden gesellschaftlichen Lebens anzupassen, sondern den gesetzlichen Rahmen zu schaffen, in dem sich eine neue Form der menschlichen Gesellschaft entwickeln kann.

Die Grundlage der bestehenden bürgerlichen Rechtsordnung bildet das Eigentum, das als unbeschränktes Herrschaftsrecht über eine körperliche Sache definiert wird. Die sozialistische Rechtsauffassung bestreitet, daß es ein solches unbeschränktes Herrschaftsrecht geben kann, sie sieht die Schranke aller Besitzrechte in dem Interesse des Staates oder der Volksgemeinschaft. Diese sozialistische Rechtsauffassung entspricht in so hohem Maße den wirklichen Bedürfnissen des praktischen Lebens, daß auch die heutige Gestaltung des Eigentumsrechts nur mehr als ein Kompromiß zwischen ihr und der alten Auffassung von dem Eigentum im Interesse des Verkehrs, der Staatssicherheit oder, wie es jetzt in Preußen der Fall ist, im Interesse einer stark anfechtbaren Nationalitätenpolitik aufzuheben und die Sachen des Eigentümers gegen Entschädigung in seinen Besitz zu bringen, dort kann von einem unbeschränkten Eigentumsrecht kaum mehr die Rede sein. Ferner kann das Eigentumsrecht, ohne der Form nach aufgehoben zu werden, durch Wohlfahrtsgesetzgebung aller Art in seinem materiellen Inhalt mehr und mehr eingeschränkt werden. Wenn z. B. der Kommerzienrat Y zur Herstellung eines Fabrikats für 100.000 Mark Maschinen kauft, morgen aber der Staat das Herstellungsverfahren, dem die neuen Maschinen dienen sollen, als gesundheitsschädlich verbietet, so hat der Kommerzienrat Y zwar die in seinem Eigentum befindlichen körperlichen Sachen behalten, er kann sie aber jetzt für den zehnten oder zwanzigsten Teils dessen, was sie gekostet haben, verkaufen, weil sie nun doch nicht viel anderes mehr als altes Eisen sind. Minder drastisch als in diesem Fall, aber immer noch empfindlich genug können in unzähligen anderen durch wohlfahrtspolizeiliche, namentlich durch Arbeiterschutzvorschriften die Herrschaftsrechte der Eigentümer eingeschränkt werden. Ebenso kann der Staat durch Änderung seiner Zollgesetzgebung, durch Entziehung seiner Aufträge, durch Errichtung von Konkurrenzbetrieben Eigentum faktisch zerstören, ohne es rechtlich aufzuheben. Dazu kommt das unbestrittene Recht des Staates, von seinen Angehörigen Steuern zu erheben, die so hoch bemessen werden können, daß von den Früchten des steuerlich erfaßten Vermögens dem berechtigten Nutznießer so gut wie nichts übrig bleibt. Eine rechtlich zweifellos zulässige Progressivsteuer auf den Großgrundbesitz, deren Sätze mit der Größe des Besitzes steigen, könnte mit Leichtigkeit so ausgestaltet werden, daß die Großgrundbesitzer große Teile ihres Landbesitzes nicht mehr als ihr Eigentum halten könnten, sondern sie billig verkaufen müßten.

Es besteht also sehr wohl die Möglichkeit, die umfangreichsten faktischen Expropriationen vorzunehmen, ohne daß deswegen auch nur ein Buchstabe des bürgerlichen Gesetzes geändert zu werden brauchte. Genau so gut wie ein Trust Vermögensobjekte im Werte von Milliarden im Laufe einer kurzen Zeit den bisherigen Eigentümern entreißen und in seinen Besitz überführen kann, genau so gut kann es auch der Staat, ja dieser kann es noch besser, weil er von allem Anfang an über ungeheure Machtmittel verfügt und obendrein die Maschinerie der Gesetzgebung für sich in Bewegung setzen kann. Würde der Staat von diesen Machtmitteln den Kapitalisten gegenüber rücksichtslos Gebrauch machen, so könnte sich bald ein Zustand herausbilden, demgegenüber manchen Eigentümern von Produktionsmitteln eine geordnete Enteignung auf Grund eines geänderten Eigentumsrechts noch als Wohltat erscheinen möchte.

Die Änderung des Eigentumsrechts muß denn auch in der Tat angestrebt werden. Das Eigentumsrecht des Staates muß ausgedehnt, seine Entschädigungspflicht muß eingeschränkt werden.

VERBAND UND BERUF

Theodor Bock †

Die Mitgliedschaft Glogau trauert um ihren Alterspräsidenten, der Mitbegründer des Verbandes war: den Kollegen Steindrucker Theodor Bock. Die Folgen eines Schlaganfalls machten am 27. Dezember seinem arbeitsreichen Leben ein Ende und schlossen einen Lebensgang ab, der 76 Jahre gedauert hatte.

Kollege Bock war einer der getreuesten Söhne des klassenbewußten Proletariats. Am 10. August 1856 in Altona geboren, schloß er sich 1891 den Gründern unseres Verbandes an, hielt in Treue zu seiner Berufsorganisation und kämpfte um den Auf- und Ausbau der freien Gewerkschaften nach seinen Kräften. Die gleiche lange Zeit, 42 Jahre, stand Kollege Bock aber auch im Dienste des Sozialismus als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Sein unerschrockenes, mutiges Eintreten für Menschenfreiheit und Menschenglück brachte ihm den Zwang, Deutschland zu verlassen. Nach seiner Rückkehr in die Heimat aber setzte er sich wieder für die Interessen der Arbeiterklasse mit aller Kraft ein. Durch seine Mitgliedschaft im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold bekundete er seine Gesinnung als Republikaner und als Arbeitersamariter seine Liebe zu den Menschen, getreu dem Grundsatz: der Mensch ist gut! So rundete sich das Leben des Kollegen Bock, das ihn als einen guten Menschen, einen treuen Kameraden und aufrechten Klassenkämpfer auswies. Mit den Kollegen der Mitgliedschaft Glogau trauert die Gesamtkollegenschaft um ihren Mitbegründer des Verbandes, dem sie ein dauerndes Gedenken bewahren wird.

Lohnt sich's wirklich noch im Berufe weiter zu lernen?

Vor einiger Zeit erschienen in der „Graphischen Presse“ zwei Notizen unter der Überschrift „Lohnt es sich, noch in unserem Berufe weiter zu lernen?“ Von beiden Verfassern wurde die Frage bejaht. Ich hatte bestimmt erwartet, daß von seiten der Kollegenschaft weitere Meinungen geäußert würden. Denn m. E. ist noch einiges dazu zu sagen, speziell über die Meinung der deutschen Steindruckereibesitzer zu diesem Thema.

Nach Ansicht unserer Unternehmer ist es nicht unserem Belieben überlassen, ob wir uns weiterbilden wollen oder nicht, sondern es sei unsere Pflicht, weiter zu lernen, weil wir angeblich Leistungslöhne erhalten.

Erst vor kurzer Zeit wurde beim Fachverband Deutscher Steindruckereibesitzer ein Antrag eingebracht, worin gefordert wurde, der besseren Ausbildung der Lehrlinge und der Weiterbildung der Gehilfschaft mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es wurde in dem Antrag über die „Unbeweglichkeit“ einzelner Gehilfen geklagt und behauptet, daß die Leistungen der Gehilfen nicht in Einklang mit den gezahlten „Leistungslöhnen“ zu bringen seien. Außerdem wurde u. a. verlangt, daß das an der Fachschule tätige Lehrpersonal einer Prüfung unterzogen würde.

Die Ansicht unserer Arbeitgeber wäre richtig, wenn wir noch Leistungslöhne erhielten und eine qualitative oder quantitative Mehrleistung für uns den mit Recht erwarteten Erfolg bringen würde. Wie unsere Unternehmer dazu kommen, über die Unbeweglichkeit der Gehilfen zu klagen, ist mir unbegreiflich. Tragen sie doch selbst einen großen Teil Schuld daran! Wie ergoht es denn den wißbegierigen Kollegen im Betriebe, die sich über dieses oder jenes einmal genauer informieren wollen und vom Chef oder Betriebsleiter dabei in einer Abteilung erwischt werden, wo sie nicht ständig beschäftigt sind? Sie ernten einen Anschauzer und werden an ihren Arbeitsplatz verwiesen. Wir sind im Betriebe an unseren Arbeitsplatz gebunden. Jeder Betrieb hat verschiedene Fachzeitschriften abonniert, die aber nur den „Obern“ zum Lernen überlassen werden. Bei der häufigen Kurzarbeit und den abgebauten Löhnen können nur wenige Gehilfen 2,50 Mark monatlich für eine Fachzeitschrift ausgeben. Und wie sieht es aus, wenn Neuerungen im Betriebe eingeführt werden? Da kommt der „Erfinder“ in den Betrieb, um seine Sache persönlich vorzuführen. Wer steht dabei?: die Herren der Geschäftsleitung. Dann wird der Ober hinzugezogen, verständigt, und dieser nun soll die in Frage kommenden Gehilfen instruieren. Meist werden noch Neuerungen bei gutem Geschäftsgang eingeführt, wo alles in Galopp gehen muß und die wenigste Zeit vorhanden ist, etwas gründlich auszuprobieren. Klappert dann die Sache nicht, sind eben die „unbeweglichen Gehilfen“ daran schuld.

Ein besonderes Kapitel für sich ist die Lehrlingsausbildung! Mir wurde ein Fall bekannt, wo ein vierjähriger Photographenlehrling noch nicht wußte, aus welchen Substanzen ein Entwickler zusammengesetzt wird. Sein Lehrmeister, nebenbei bemerkt ein unorganisierter Kollege, er-

klärte offen, daß er seiner Stellung keinen Konkurrenten erzieht. Dem Lehrling wurde versprochen, daß ihm bei seinen evtl. Abgang die erforderlichen Rezepte ausgehändigt würden. Bei der dominierenden Stellung des Photographen ist bestimmt anzunehmen, daß die Geschäftsleitung von seinem Verhalten unterrichtet war. Eine Unterbrechung der Lehrzeit auf unbestimmte Zeit wegen Schließung der Betriebe ist nichts Seltenes mehr. Außerdem dürfte die Verhältniszahl zwischen Gehilfen und Lehrlingen durch die vielen Entlassungen der Gehilfen in den wenigsten Betrieben stimmen. Der Besuch der Fachschule allein kann die Mängel der Lehrstelle nicht ersetzen. Fachschulen, die von unseren Unternehmern ganz oder zum Teil finanziert werden, haben heute ein schweres Dasein. Der Etat ist auf das äußerste beschränkt. Oft sind nicht die notwendigsten Materialien vorhanden oder nur in unzureichenden Mengen. Notwendige Reparaturen bleiben liegen. Das Lehrpersonal besteht aus billigen Kräften, die eher einem Aufsichtspersonal gleichen. An derartigen Instituten gehört schon viel Geschicklichkeit der Lernenden dazu, etwas zu profitieren.

In einer kleinen Zahlstelle einer Provinzstadt am Rhein wurde von unserem Verbandsmitglied großen finanziellen Opfern und voller Hingabe der leitenden Personen eine technische Vereinigung gegründet, um vor allem den langjährigen arbeitslosen Kollegen eine Weiterbildung zu ermöglichen. Die interessantesten Vorträge sowie Ausstellungen blieben von den Unternehmern unbeachtet, obwohl verschiedentlich Einladungen an sie ergingen.

Die Lernfreudigkeit unserer Gehilfschaft ist anerkannt groß und sollte es eigentlich keiner Beweisführung bedürfen, diesbezügliche Vorwürfe unserer Arbeitgeber zu entkräften. Eine Weiterbildung hat sich immer, wenigstens in ideeller Hinsicht, gelohnt. Aber der materielle Lohn bleibt leider meistens aus. Das ist um so mehr zu bedauern, als schließlich auch der Eifrigste in seinem Bestreben, sich zu vervollkommen, erlahmen muß, wenn er sieht, daß das von ihm für seine Weiterbildung gebrachte finanzielle Opfer ihm nicht den erwarteten Erfolg in Hinsicht auf seine Entlohnung bringt.

Bericht der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft

An dem Geschäftsbericht der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft für das Rechnungsjahr 1931 ist zunächst die Feststellung von Bedeutung, daß die Zahl der Betriebe auch im Krisenjahr 1931 gestiegen ist. Der Genossenschaft gehörten 1931 insgesamt 10 190 Betriebe an gegen 10 138 im Jahre 1930 und 9962 im Jahre 1929. Die Zunahme der Betriebe entfällt ausschließlich auf die Kleinbetriebe bis zu 10 Arbeitern, die von 6732 im Jahre 1930 auf 7043 1931 gestiegen sind. Dagegen nahmen die Mittelbetriebe von 2981 auf 2780 und die Großbetriebe von 425 auf 357 ab. Der Anteil dieser drei Betriebsgrößen an der Gesamtbetriebszahl hat sich zugunsten der Kleinbetriebe verschoben. So stieg der Anteil der Kleinbetriebe von 66,4 auf 69,2 Prozent, während der Anteil der Mittelbetriebe von 29,4 auf 27,3 und der der Großbetriebe von 4,2 auf 3,6 Prozent zurückging. Die ganz kleinen Betriebe bis zu zwei Personen vermehrten sich von 2820 auf 3257. Von 1929 bis 1931 nahm diese Betriebsgröße um 796 Betriebe zu. Die starke Zunahme der Kleinbetriebe dürfte aber nicht, wie der Bericht hervorhebt, durch „Neugründungen von Erwerbslosen“ allein bedingt sein, sondern mehr durch Personaleinschränkungen der Mittel- und Großbetriebe. Auch die Zahl der Druckorte hat sich von 2599 auf 2621 vermehrt, ist also um 22 gestiegen.

Wichtiger noch als diese Ziffern sind für uns die Feststellungen über die Entwicklung der Beschäftigungszahl und deren Lohnsumme (Lohnsumme in 1000 Mark):

	Vollarbeiter	Lohnsumme	je Person
1926	209 762	429,4	2047
1927	226 843	484,2	2134
1928	233 104	536,7	2302
1929	232 824	552,6	2373
1930	236 335	574,1	2429
1931	215 851	495,3	2294

Im Jahre 1931 wurden rund 20 000 Personen weniger beschäftigt als 1930. Die Gesamtlohnsumme fiel um rund 79 Millionen Mark und der Verdienst der Einzelperson ging um 135 Mark zurück. Nimmt man nur die Versicherungspflichtigen, deren Zahl 213 600 gegen 234 400 im Jahre 1930 betrug, so ergibt sich, daß deren Lohnsumme um 14 Prozent zurückging, und zwar von 567 auf 488 Millionen Mark. Der Lohnabbau war also schon 1930 außerordentlich stark.

Einschließlich der freiwillig Versicherten waren in den Kleinbetrieben 24 000 Personen beschäftigt, in den Mittelbetrieben 84 550 und in den Großbe-

trieben 107 200. Prozentual berechnet ergibt sich, daß 49,6 Prozent in den Großbetrieben, 39,2 Prozent in den Mittelbetrieben und 11,2 Prozent in den Kleinbetrieben beschäftigt waren.

Über die Zusammensetzung der Gehilfen sind folgende Zahlen von Bedeutung:

	1931	1930	1929	1913
Handsetzer	34 531	39 460	41 754	41 833
Maschinensetzer	10 847	11 325	11 514	5 685
Drucker	16 455	18 710	19 598	15 352

Besonders stark ist der Rückgang in den letzten beiden Jahren bei den Handsetzern und Druckern. Die Lehrlinge verteilen sich wie folgt:

	1931	1930	1929	1913
Setzerlehrlinge	11 607	12 109	12 990	11 974
Druckerlehrlinge	5 577	5 872	6 248	6 004

Von den Setzerlehrlingen waren 22,8 Prozent in den Kleinbetrieben bis zu 5 Arbeiter beschäftigt und 6,1 Prozent in den Betrieben mit über 300 Arbeitern. Von den Buchdruckerlehrlingen wurden 19,5 Prozent in den Kleinbetrieben und 17,8 Prozent in den Großbetrieben mit über 100 Arbeitern beschäftigt.

Das technische Hilfspersonal ging von 42 300 im Jahre 1930 auf 38 200 im Jahre 1931 zurück. Davon waren 1930 rund 16 200 weibliche und 1931 rund 13 200.

Über die Zahl der Maschinen enthält der Bericht folgende Angaben:

	1931	1930	1929
Buchdruckschnellpressen	23 684	23 022	23 760
Steindruckschnellpressen	608	610	700
Gummidruckschnellpressen	595	566	670
Tiefdruckpressen	184	179	150
Rotationsmaschinen	2 173	2 253	2 353
Tiefdruck-Rotationsmasch.	82	93	77
Gummidruck-Rotationsmasch.	116	95	108
Tiegdruckpressen	17 124	17 373	17 264
Setzmaschinen	9 020	8 929	8 795
Schneidemaschinen	12 168	11 839	12 048

Im Jahre 1931 wurden der Berufsgenossenschaft 7432 Unfälle gemeldet gegen 8829 im Jahre 1930. Auf 1000 Vollarbeiter 34,6 gegen 37,4 im Vorjahre. Die Unfallziffer ist also erfreulicherweise gesunken. Erstmalig entschädigt wurden 556 Unfälle, darunter 27 Todesfälle. Berufskrankheiten wurden 429 gemeldet, davon wurden 15 entschädigt. Wenn der Bericht bemerkt, daß beobachtet worden sei, „daß gekündigte Personen vor der Entlassung noch einen Unfall erlitten“, um sich dadurch in den Genuß einer Rente zu setzen, so gibt er damit ein Urteil ab, das nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Das ist die Ansicht der Unternehmer, und leider muß man feststellen, daß sich auch die sozialen Einrichtungen derartige Auffassungen gerne zu eigen machen. Sie steht auch im Widerspruch zu der an anderer Stelle in dem Bericht vertretenen Auffassung, „daß die Ansicht, durch einen Unfall für unabsehbare Zeit in das Heer der Arbeitslosen gestoßen zu werden, vielfach zu großer Vorsicht und besserer Beachtung von Unfallverhütungsmaßnahmen Anlaß gegeben hat“.

Von den Unfällen mit Todesfolge sind folgende Fälle bemerkenswert: Ein Schweizerlegen quetschte sich an einer Heureka-Pressen den rechten Zeigefinger. Durch Blutvergiftung trat der Tod ein. Ein Rotationsmeister zog sich eine Wunde am Schädel zu, die den Tod zur Folge hatte. Ein Stereotypenur wurde auf dem Nachhausewege von einem Omnibus überfahren; Tod durch Schädelbruch. Den gleichen Unfall erlitt ein Schriftsetzer. Ein Handsetzer wurde auf dem Wege zur Arbeit von einem Postomnibus totgefahren. Bemerkenswert ist noch folgender Fall: Ein Setzerlehrling pflückte im Auftrage des Arbeitgebers Lindenblüten. Er stürzte dabei ab und starb an inneren Verletzungen.

Die Gesamtsumme der Entschädigungen war 1931 wesentlich geringer als 1930. Sie fiel von 1 876 400 Mark im Jahre 1930 auf 1 823 100 Mark im Jahre 1931. Durch die Notverordnungen kam die Zahlung der kleinen Renten bis zu 20 Prozent in Fortfall. Von den Ausgaben entfielen auf die Behandlung der nicht in Heilanstalten untergebrachten Verletzten und Erkrankten 195 000 Mark, auf Heilanstaltspflege 78 800 Mark, auf Renten 1 278 700 Mark, auf Abfindung von Verletzten und Erkrankten 29 500 Mark, auf Witwen und Witwer 100 300 Mark, an Kinder 47 800 Mark, auf Sterbeld 3900 Mark usw. Gefallen ist vor allem die Abfindung gegenüber dem Vorjahre und die Ausgaben für Witwen und Witwer. Die Kosten der Hauptverwaltung betrugen 166 000 Mark, davon entfielen 93 400 Mark auf Gehälter. Einschließlich der Sektionen für Feststellung und Verwaltung stellten sich die Ausgaben auf 277 000 Mark gegen 308 000 Mark im Jahre 1930. Die Gesamtumlage betrug rund 2 Millionen Mark.

In 373 Fällen wurden Strafen verhängt. In drei Fällen wurde durch die Unfallanzeige festgestellt, daß Jugendliche unter 17 Jahren an Rotationsmaschinen gearbeitet hatten.

Menschenfreundliche Wilde

Vor mehreren Jahren befand ich mich im Herbst in Kenora, einem Städtchen im westlichen Teil der Provinz Ontario in Kanada. Bei einer großen Holzgewinnungsgesellschaft erhielt ich Arbeit. Dieser bestand im Fällen von Bäumen in den Urwäldern auf den Inseln eines großen Sees. Mit noch etwa fünfzig andern Arbeitern kam ich nach vier tägiger Fahrt auf einem Dampfer an die Arbeitsstelle. Der Betrieb war schon in vollem Gange. Allerlei Blockhäuser waren errichtet. Zahlreiche Pferde und auch viele Schlachttiere standen umher. Unter der zweihundert Mann starken Belegschaft war außer mir nur noch ein Deutscher, ein früherer Seemann. Mit diesem arbeitete ich zusammen. In der Hauptsache wurden Weißkiefen gefällt, die in den nördlichen Gegenden beheimatet sind und sehr oft eine gewaltige Stärke erreichen. Gegen Ende November setzte eine große Kälte ein, so daß der See sich bald in eine Eisfläche verwandelte. Solange das Eis noch nicht tragfähig war, die Belegschaft von der Außenwelt vollkommen abgeschnitten. Auch die Postverbindung war unterbrochen. Da ich meiner in Deutschland zurückgelassenen Familie für das Weihnachtsfest Geld schicken wollte, entschloß ich mich einige Zeit vor dem Feste, die Reise über das Eis nach Kenora zu riskieren.

Der Geschäftsführer wollte die Genehmigung zu diesem Wagnis nicht geben, er erklärte mit Bestimmtheit, daß ich dabei mein Leben riskiere. Ich ließ mich aber von meinem Vorhaben nicht abbringen, zumal uns am Tage vorher ein Indianer besucht hatte, der auch über das Eis gekommen war. Mein Landsmann, der als einziger Deutscher nicht allein zurückbleiben wollte, begleitete mich. Anfangs verfolgten wir die in dem Schnee sichtbaren Fußspuren des Indianers. Diese verloren wir jedoch sehr bald, da sich ab und zu durch das aus den Luftlöchern heraustretende Wasser große Wasserlachen gebildet hatten, die wir zu durchwaten gezwungen waren. Gegen Mittag setzte ein starkes Schneegestöber ein. Die durchnässten Kleider gefroren uns auf dem Leibe, so daß wir nur noch langsam vorwärts kamen. Da wir uns nicht mehr nach der Sonne richten konnten, hatten wir uns bald verirrt.

Obwohl wir Nahrungsmittel mitgenommen hatten, waren wir nicht instande, etwas zu genießen. Unser Gesicht war vollkommen erstarrt. Wenn nicht bald Rettung kam, war darüber waren wir im Bilde, unser Schicksal besiegelt.

Es war schon dunkel, als ich ein entferntes Hundegebell vernahm. Anfangs glaubte ich, es wären Wölfe. Da sich das Gebell wiederholte, schlugen wir die Richtung darauf ein. Die Aussicht auf baldige Rettung gab uns wieder frische Kraft. Nach stundenlanger, beschwerlicher Wanderung stießen wir auf eine Insel. Dort entdeckten wir einen schmalen Weg und sahen an verschiedenen Bäumen Indianerabzeichen hängen, die verirre Jäger auf ihre Anwesenheit aufmerksam machen sollten. Nach kurzer Zeit standen wir vor einem Blockhaus. Ein fürchterliches Hundegebell setzte ein und sofort waren wir von vielen Indianern umgeben. Alles häßliche zerlumpte Gestalten. Sie hatten aber sofort begriffen, wie es um uns stand.

Die Männer brachten uns in ihre Hütte, sorgfältig schnitten sie uns bei der spärlichen Kien-spanbeleuchtung die gefrorenen Kleider vom Leibe, rieben unsere Körper mit Schnee ein und wickelten uns in mit Schnee ausgelegte Decken. Diese Behandlung war furchtbar und verursachte große Schmerzen. Die Weiber bereiteten uns ein heißes Getränk, das einen sonderbaren Geschmack hatte und wie Feuer durch den Körper ging. Die ganze Nacht saß neben unserem Lager ein altes Weib und bediente uns. Auch zwölf Wolfshunde, die die Indianer vor ihre Schützen spannen, befanden sich im Blockhause. In der Dunkelheit konnte ich genau die vierundzwanzig funkelnden Augen erkennen, die fortgesetzt auf uns gerichtet waren. Mein Begleiter, der herzleidend war, überstand die Strapazen nicht; er starb noch in dieser Nacht. Die Indianer hackten am andern Tage ein Loch in das Eis und der Leichnam wurde in den See versenkt. Somit hatte er auch noch sein Seemannsgrab gefunden.

Es verging eine volle Woche, bis ich wieder marschfähig war. Während dieser Zeit hatten mich meine halbwillden roten Freunde gut gepflegt. In der Hauptsache gab es Fische, die von den Indianern unter dem Eise gefangen wurden und hier massenhaft vorhanden sind. Da meine Kleider unbrauchbar waren, war ich gezwungen, Lumpen und Felle von meinen Wohltätigen anzuziehen. Das Familienoberhaupt brachte mich mit seinem Hundeschlitten auf die Richtung nach Kenora, wo ich dann acht Tage später als wie gewollt ankam. Geldgeschenke lehnte der Indianer mit Entrüstung ab. Ja, ja: Die Wilden sind doch bessere Menschen.

Julius Seyffert (Chemnitz).

Industrieführer zur Arbeitszeitverkürzung

In dem Bericht des Internationalen Arbeitsamts an die vorbereitende Konferenz zur Arbeitszeitverkürzung werden auch Stimmen von Industrieführern zur Frage der Arbeitszeitverkürzung veröffentlicht. So sagte der bekannte Industrielle Robert Bosch: „Es dürfte nicht notwendig sein, bei den heutigen Verhältnissen des Arbeitsmarktes noch langatmig darzulegen, daß bei den Produktionsmitteln und Methoden, die uns zur Zeit zu Gebote stehen, eine Beschäftigungsmöglichkeit für alle Arbeitsfähigen und in allen Berufen nie mehr möglich sein wird, wenn man die tägliche Arbeitszeit nicht herabsetzt. Man wird anstatt der heute üblichen acht Stunden nur noch vielleicht sechs Stunden täglicher Arbeitszeit ansetzen müssen.“

Der Präsident der Fiat-Werke in Turin, Senator Agnelli, äußerte sich wie folgt: „Bis jetzt verfolgte der technische Fortschritt — Mechanisierung und Rationalisierung — das Ziel, die Höchstmenge mit einem Mindestaufwand von Arbeit zu erzeugen, ohne Rücksicht auf die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit. Dieses Ziel muß dahingehend geändert werden, daß die Höchstmenge in der kürzestmöglichen Zeit erzeugt werden soll, wobei die Arbeitszeit der einzelnen Arbeiter und nicht die Zahl der beschäftigten Arbeiter, zu verringern ist. In anderen Worten: der technische Fortschritt darf nicht zu einer Zerstörung der Beschäftigungsmöglichkeiten führen.“

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Hoover, hatte vor drei Jahren einen Ausschuß zur Untersuchung der sozialen Verhältnisse in seinem Lande ernannt. Dieser hat jetzt seine Untersuchung beendet und veröffentlicht darüber einen Bericht. Der Ausschuß erachtet es als eine vordringliche Forderung, die Arbeitszeit auf 30 Stunden je Woche zu beschränken. Dadurch wäre die Möglichkeit geschaffen, einer größeren Anzahl von Arbeitssuchenden Beschäftigung zu geben. Für den Umschwung in der USA. ist es bezeichnend, daß sich der Ausschuß außerdem für die Errichtung eines Fonds zur Unterstützung der Arbeitslosen und die Einführung bzw. Erweiterung der Altersversicherung einsetzt. Weiter wird die Erhöhung der Massenkaukraft und der Ausbau der öffentlichen Kontrolle über eine Reihe von Industrien gefordert.

Immer größer wird die Zahl der Personen in allen Ländern, die eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit für notwendig halten. Nicht nur um die Krise zu überwinden, sondern auch um die durch die Technik herbeigeführte Dauerarbeitslosigkeit auszugleichen.

Der Weltfriede wird kommen,

nicht etwa weil die Menschen um so vieles vernünftiger werden dürften — das ist kaum zu erhoffen —, sondern weil eine neue Ordnung, eine neue Wissenschaft, neue wirtschaftliche Notwendigkeiten die Menschen zum friedlichen Zusammenleben zwingen werden, genau so wie die Lebensbedingungen sie ehemals zum Kriegszustand und zur Aufrechterhaltung des Krieges genötigt hatten. Um diese neue Kurve für die Zukunft zu verlängern, können wir vorauswirken durch eine Ausgestaltung und Vervollkommnung der Beziehungen zwischen allen Völkern und Rassen, durch eine rationelle Organisation der Arbeit und durch

Errichtung der Vereinigten Staaten der Welt. Und dies ist durchaus kein Traum, keine Illusion, die zerstäuben wird! Wir dürfen vielmehr sagen, daß im Gegenteil jene träumen und sich täuschen, die, weil sie vom Militarismus und von der gewalttätigen Kolonisierung leben, sich im Glauben wiegen, daß die gegenwärtige Ordnung oder vielmehr Unordnung ewig dauern werde. Aber glauben sie es denn wirklich? Nein, sie sind sich wohl bewußt, daß der Krieg nicht ewig dauern wird. Und sie wissen auch, wie man ihn töten, was ihn töten wird. Sie wissen, daß sich die Völkerproletariate in nicht zu ferner Zeit vereinigen und ein einiges Weltproletariat bilden werden und daß in Erfüllung des großen Losungswortes die brüderliche Vereinigung der Arbeit der Welt den Frieden bringen wird.

Anatole France.

Vom Büchertisch

Lehrbuch der Materialistischen Geschichtsauffassung (Soziologie des Marxismus) II. Band: Die statischen und dynamischen Grundbegriffe, 1. Teil: Die statischen Grundbegriffe. Von Dr. Max Adler. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Preis kart. 3,— Mark.

Nun liegt, lange erwartet, von diesem Werk der zweite Band vor, der die Darstellung der besonderen Form- und Entwicklungsbegriffe dieser Lehre in ihrem ersten Teil „Die statischen Grundbegriffe“ bringt. Die materialistische Geschichtsauffassung oder was im politischen Tageskampf mit Marxismus bezeichnet wird, ist keine Parteilehre einer bestimmten Gruppe von Menschen, zu welcher sie alle Gegner derselben machen möchten, sondern eine rein wissenschaftliche Untersuchung der ökonomischen Verhältnisse der Menschen und ihrer Beziehungen zueinander. Sie zeigt die soziologischen Bewegungsgesetze, die zu einer Weltanschauung führen.

Unsere Zeit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungen ist verwirrend nur dann, wenn ein sicherer Führer durch die Ursachen fehlt. In Max Adlers Lehrbuch der Materialistischen Geschichtsauffassung liegt er vor.

Ein trockenes Lehrbuch? Nein, eine lebendige Auseinandersetzung, die geschickt in die Gegenwartsfragen der marxistischen Theorie einführt und doch: ein Lehrbuch, das sich nicht nur mit einzelnen Problemen beschäftigt, sondern nach systematischem Überblick strebt. Ein Lehrbuch, das die schwierigen Fragen außerordentlich leicht verständlich darstellt.

Sozialistische Erziehung als Forderung und Tat. Von Kurt Loewenstein. Dietz-Verlag, Berlin. Preis brosch. 15 Pf.

Der Führer der Kinderfreundebewegung, Kurt Loewenstein, gibt in seiner neuen Broschüre eine ausgezeichnete Studie über die sozialistische Erziehungsarbeit. Er geht aus von der gesellschaftlichen Erziehung und der Stellung der Arbeiterklasse hierzu. Loewenstein kommt dann ausführlich auf die Familien-erziehung und auf das gesellschaftliche Schicksal des Kindes in der Familie zu sprechen. Die Kapitel über die neue Pädagogik der Kinderfreunde und der Kinderrepubliken sind Kernstücke seiner Broschüre.

Fleischlos ist nicht teuer. Ein vegetarisches Kochbuch von Marianne Fleischhack. Zu beziehen durch M. Fleischhack, Leipzig-Mariental, Frauenholle-Weg 11. Preis kart. 1,30 Mark.

Dieses Kochbuch sucht für die vegetarische Kost unter Hinweis darauf zu werben, daß die meisten chronischen Krankheitsübel des Kulturmenschen in der falschen Ernährung ihre Ursache haben. Es will deshalb zur richtigen Ernährung Wegweiser sein. 350 Rezepte zu angeblich wohlschmeckender und abwechslungsreicher Gerichte sind dem Buch beigegeben, die zu bereiten außerordentlich billig sein soll. Da die Arbeiterschaft durch die erzwungene Lohnsenkung und die Arbeitslosigkeit Fleisch sowieso fast nur noch vom Hörensagen kennt, also fast ausschließlich von Gras, Kraut und fruchtbareren Bäumen lebt, dürfte hier das Buch auf vieles Verständnis stoßen. Aber beim Verbrauch sparen ist nicht das volkswirtschaftliche Gebot der Stunde.

„Kulturwille“. Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft. Heft 1. Verlag der Leipziger Buchdruckerei AG., Leipzig. Preis vierteljährlich 1 Mk. Einzelnummer 40 Pf. Durch alle Postanstalten und Buchhandlungen zu beziehen.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Wippen / Jahreswende — Wirtschaftswende? / Wirtschaft und Recht.

Verband und Beruf: Theodor Bock † / Bericht der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft / Lohnt sich's wirklich noch im Beruf weiter zu lernen?

Menschenfreundliche Wilde / Industrieführer zur Arbeitszeitverkürzung / Der Weltfriede wird kommen / Vom Büchertisch / Anzeigen.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

KARL MESS G.M.B.H., BERLIN SO 36, Wiener Straße Nr. 50, Tel. F. 8. Oberbaum 2289.

Viele Kollegen an Stein- und Offsetpressen erleichtern sich die Arbeit durch Verwendung von

UNGERS „Antitrocken“

Kein Eintrocknen der Farbe über Nacht, keine Nachteile.

Paul Unger, Zwickau Sa. Schillebach Nr. 133. (Erläuterer Offsetinstruktur.)

F arbenlehre für das Steindruckgewerbe

Eine berufskundliche Grundlage für Schule und Praxis. Verlag: Verband der Lithographen, Steindruckere und verw. Berufe. Preis 3,00 RM. einschließlich Porto. Durch Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.